



TOP 06 Anträge

TOP 6.5 Ein wirksames Zeichen der Einheit in der Vielfalt

Antragsteller: BDKJ-Bundesvorstand

Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:

1. Unsere Vision von Europa

Unsere Vision von Europa ist geprägt von Solidarität und Gerechtigkeit sowie ausgeglichenen Lebensverhältnissen. Europa ist mehr als ein international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum, mehr als eine gemeinsame Währungsunion und zugleich mehr als die Summe der aktuell 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Eine europäische Identität entsteht weder durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch kann sie von oben herab in die Köpfe und Herzen verordnet werden. Wir brauchen ein demokratisches Europa, das die Ängste seiner Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, ein Europa mit dem sie sich identifizieren können, weil es ihnen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Bereits im Jahr 2000 hat der BDKJ ausgerufen: „Europa muss ein Europa der Menschen werden!“¹ Wir erleben jedoch, dass in der Europäischen Union hauptsächlich wirtschaftliche Interessen bedient werden, während der Blick auf die Bedürfnisse der Menschen immer häufiger verloren geht. Denn Freiheit darf sich nicht nur auf die Freiheit von Waren und Kapital beziehen und Sicherheit nicht darin bestehen, dass an Grenzzäunen der „Festung Europa“ Menschen den Tod finden. Wir begreifen Europa als unseren sozialen und kulturellen Raum, als gelebte und geeinte Vielfalt und als Handlungsfeld der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Die Verständigung auf gemeinsame Grundwerte ist die Grundlage dafür, dass alle Europäerinnen und Europäer gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können: Frieden und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und Toleranz, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Wir rufen auf mehr Mut zu einem sozialen Europa und zu mehr Demokratie zu wagen und sehen die Europäische Union zugleich in der Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen und gegenüber der Welt als Ganzes.

Gerade in Zeiten der Globalisierung und aus unserem Verständnis einer Weltkirche heraus, endet diese Verantwortung jedoch nicht an der Grenze des eigenen Landes und auch nicht an den Grenzen der Europäischen Union.

Auf Grundlage der Christlichen Soziallehre setzt sich der BDKJ für eine Entwicklung der Europäischen Gesellschaft ein im Sinne dieser Werte. Jesus Christus hat deutlich gemacht, was es heißt „Platz für den Herrn [zu] lassen, nicht für unsere Sicherheiten“, wie Papst Franziskus es formuliert.² Für uns junge Christinnen und Christen bedeutet das ein bewusstes Eintreten für Nächstenliebe und Solidarität mit den Benachteiligten, Ausgegrenzten und Diskriminierten in unserer Gesellschaft.

2. Für ein gerechtes Europa

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt und zu vielen Regionen Europas, dürfen die meisten Menschen in Deutschland in Wohlstand leben. Insbesondere in den Staaten, welche von der Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise stärker betroffen sind, betragen jedoch die Jugendarbeitslosigkeitsquoten zum Teil über 50 Prozent, Löhne sinken bis unter die Armutsgrenze und ein soziales Auseinanderdriften betrifft hauptsächlich junge Menschen. Sogar bei guter Ausbildung sind junge Menschen oftmals die am schlechtesten gesicherten Teilnehmenden am Arbeitsmarkt und gerade junge Menschen sind bei der Sparpolitik in den betroffenen Ländern unter die Räder gekommen.

Aus unserer Perspektive bedarf es in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eines deutlichen Zeichens für ein solidarisches Europa. Auf lange Sicht muss die

¹ Grundsätzliche Anmerkungen zur Gestaltung Europas – Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung vom 04.- 07. Mai 2000.

² Papst Franziskus im Gespräch mit Antonio Spadaro, in: Stimmen der Zeit, Oktober/November 2013.



1 wirtschafts- und finanzpolitische Perspektive der Europäischen Union um eine sozialpolitische
2 Dimension ergänzt werden, welche den Menschen, egal in welchem Land sie geboren werden
3 und aufwachsen, die gleichen Chancen ermöglicht. Europäische Bürgerinnen und Bürgerrechte
4 müssen für alle Menschen in Europa gleichermaßen gelten, weil sich keine und keiner das Land
5 seiner Geburt aussuchen kann. Es macht nur Sinn, europäische Grundrechte zu gewährleisten,
6 wenn entsprechende sozialpolitische Maßnahmen diese Rechte in der Praxis verwirklichen. Ein
7 gemeinsamer Wirtschafts- und Arbeitsmarkt beinhaltet auch eine gemeinsame soziale
8 Verantwortung. In der Europäischen Union sind staatliche Sozialleistungen jedoch
9 unterschiedlich geregelt und es gibt keine einheitlichen Kranken-, Renten- oder
10 Arbeitslosenversicherungen. Als Europäerinnen und Europäer müssen wir zu einem neuen,
11 solidarischen Miteinander finden, damit wir mitten in der Welt ein wirksames Zeichen setzen,
12 für die Einheit in der Vielfalt.

13 Viele junge Menschen innerhalb der Europäischen Union nutzen die Möglichkeit der
14 Freizügigkeit, sie genießen die Freiheit grenzenlos zu reisen, in verschiedenen europäischen
15 Ländern ihre Schulzeit, ihre Ausbildung bzw. ihr Studium zu verbringen oder ihren
16 Arbeitsplatzwahl frei wählen zu können. Die Freizügigkeit schafft Beziehungen und stiftet
17 Frieden, hilft vielen Menschen, den Wunsch nach einem besseren Leben zu verwirklichen, und
18 eröffnet Zukunftsperspektiven. Sie ist ein Friedensprojekt, was durch Populismus nicht in
19 Frage gestellt werden darf. Dieses größte Versprechen der europäischen Einigung wird jedoch
20 von manchen als Bedrohung wahrgenommen und leider auch mit Fremdenfeindlichkeit und
21 Nationalismus beantwortet.

22 Das noch vorhandene Freiheits- und Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union ist
23 auch Auslöser von Wanderungsbewegungen. Menschen, die aufgrund der
24 Freizügigkeitsregelungen aus ärmeren in wohlhabendere Regionen wandern, werden jedoch
25 bewusst zurückgewiesen und ausgegrenzt.

26 Die Freizügigkeit wird innerhalb nationalistisch aufgeladener Diskurse um die so genannte
27 Armutsmigration aus Südosteuropa als allererstes mit Missbrauch in Verbindung gesetzt. Es
28 werden Ängste vor „Überfremdung“ und „Sozialschmarotzern“ geschürt, nationalistische und
29 extremistische Stimmen werden wieder lauter. Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union
30 hängt davon ab, was wir dem entgegenhalten. Es gibt keine große Migrationswelle in die
31 Sozialsysteme. Gerade Deutschland profitiert massiv von dieser Zuwanderung, durch Beiträge
32 in die Rentenkasse, Milderung des Fachkräftebedarfs, und Deutschland ist auf diese
33 Bereicherung angewiesen.

34 **Deshalb fordern wir,**

35 - dass einzelne Nationalstaaten die Freizügigkeit als hohes Gut in der Europäischen Union
36 nicht durch kurzfristige Maßnahmen einschränken dürfen.

37 - von den verantwortlichen Organen die ersten Schritte zu einer sozialstaatlichen
38 Ausgestaltung unseres Europas, welches von einer gerechten Verteilung von Ressourcen
39 zwischen den Menschen innerhalb der Europäischen Union gekennzeichnet ist und
40 gemeinsame soziale Standards im Fokus hat.

41 - eine EU-Haushaltspolitik, die sich an den realen Bedürfnissen und Notwendigkeiten der
42 Regionen orientiert, um eine gerechte Umverteilung und Angleichung zwischen
43 wirtschaftlich schwachen und starken Regionen zu garantieren.

44 - Kommunen, bei denen es große Zuwanderung gibt, zusätzliche finanzielle Mittel zur
45 Verfügung zu stellen.

46



3. Für ein offenes Europa

„Um einen Lebensstil vertreten zu können, der die anderen ausschließt (...) hat sich eine Globalisierung der Gleichgültigkeit entwickelt“ (EG 54).

Jedes Jahr machen sich tausende Menschen auf den Weg nach Europa. Meist nehmen sie ein enormes Risiko auf sich, beispielsweise die so genannten „boatpeople“. Ebenso ergeht es Menschen, die sich in ihrer Not zu „Human Traffiking“ entscheiden und sich selbst Schlepperinnen und Schleppern überlassen, von denen sie sich dann durch ihre Arbeitskraft oder über Betteldienste über Jahre versuchen freizukaufen. Mag auch ihre Einreise, nach derzeitigem Recht, illegal sein, die Menschen sind es nicht. Für alle gelten unveräußerbare Menschenrechte, die zu achten sind, unabhängig ihres Status.

Häufig wird Menschen auf der Flucht jedoch nicht menschenwürdig begegnet. Die Toten vor Lampedusa, auf die Papst Franziskus hinweist, sind eine Konsequenz der immer effektiveren Abriegelung der europäischen Außengrenzen. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind auf der Flucht oft die schwächsten Glieder. Die Europäische Union steckt Milliarden in die Abwehr von Migrantinnen und Migranten und die Errichtung immer höherer Grenzzäune, anstatt ihnen eine menschenwürdige Behandlung zuteilwerden zu lassen. Frontex als Einrichtung der Europäischen Union zum Schutz der europäischen Außengrenzen und das EU-Überwachungssystem EUROSUR zeugen von einem Misstrauen und einer Abwehrhaltung. Es ist unerträglich, dass es Rechtsvorschriften gibt, nach denen Menschen, die Migrantinnen und Migranten auf See zu Hilfe kommen, bestraft werden. Humanitäre Hilfe für Menschen, die sich auf See in Gefahr befinden, ist christliche Pflicht und niemals eine Handlung, die sanktioniert werden darf.

Selbst wenn Migrantinnen und Migranten es schaffen, in die Europäische Union zu gelangen, so sind ein faires Asylverfahren und eine menschenwürdige Behandlung nicht sicher gewährleistet. Ein Großteil der Asylanträge in Deutschland wird nicht mehr inhaltlich geprüft, sondern es wird lediglich festgestellt, dass ein anderer EU-Staat zuständig ist. Deutschland profitiert von der sog. „Drittstaatenregelung“, welche den Ländern an den Grenzen der Europäischen Union ungerecht Lasten aufbürdet. Dies sind zu meist gerade die Staaten, die besonders mit den Folgen der Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise zu kämpfen haben. Deutschland steht in einer gemeinsamen Verantwortung in einer Europäischen Union. Menschen, die bereits länger hier leben, während ihr Asylverfahren läuft ist oder sie geduldet sind, sind in ihren Chancen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe enorm eingeschränkt. Insbesondere die Lage von Kinder und Jugendliche, die ohne ihre oder zusammen mit ihren Eltern oder einem Elternteil nach Deutschland eingereist/geflohen sind und hier leben, ist oftmals grenzwertig, z.B. im Hinblick auf ihre Wohnsituation, ihre gesundheitliche Versorgung und ihre Bildungschancen, gerade wenn sie in Deutschland ohne einen regulären Aufenthaltstitel, d.h. geduldet, leben. Sie sind de facto oft von der Kinder- und Jugendhilfe ausgeschlossen, haben keinen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, sind in den Möglichkeiten ihrer persönlichen Entfaltung massiv eingeschränkt.

Das ferne Ziel muss es jedoch zugleich sein, dass kein Mensch sich mehr gezwungen sieht, seine Heimat verlassen zu müssen. So wird auch dem „brain drain“ entgegengewirkt - dem Fortgang der Jungen, die fehlen um für positive Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Heimat zu sorgen.

Deshalb fordern wir

- die Europäische Union auf, die Sanktionen für humanitäre Hilfe an Migrantinnen und Migranten in Seenot abzuschaffen.

- für Migrantinnen und Migranten einen sicheren und fairen Zugang zum Asylsystem in der Europäischen Union zu gewährleisten.



1 - die Abschaffung der Regelung der Dublin- II-Verordnung. Die Kosten und Verantwortung
2 für die europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik sind von allen Mitgliedsstaaten der
3 Europäischen Union in gleichem Maße zu tragen.

4 - vom Deutschen Bundestag die derzeitigen komplexen und teils widersprüchlichen
5 Zuwanderungs- und Aufenthaltsregelungen, die zudem eine Erwerbstätigkeit und einen
6 dauerhaften, lebenswerten Aufenthalt für viele extrem schwierig machen, grundlegend zu
7 überarbeiten.

8 - eine Finanzpolitik auf Bundesebene, welche die Kommunen in die Lage versetzt durch
9 ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, Asylbewerberinnen und -bewerbern
10 ein menschliches und sicheres Wohn- und Lebensumfeld zu gewährleisten.

11 - die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Kinder und Jugendliche mit
12 Fluchterlebnissen in ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihnen erreichbare Bildungs-
13 und Freizeitmöglichkeiten eröffnen - auch in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften.

14 - die politischen Akteure auf Bundes- und Europäischer Ebene für weltweite Gerechtigkeit
15 zu sorgen und Migrationsdruck bzw. die Ursachen für weltweite Flüchtlings- und
16 Migrationsbewegungen in den Herkunftsländern zu bekämpfen - durch faire
17 Handelsabkommen, Friedenspolitik und durch Unterstützung in Krisenzeiten.

18 **4. Für ein demokratisches Europa**

19 Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Demokratie, wenn weitreichende Beschlüsse
20 zwischen Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen verhandelt und die
21 Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Politische Akteure müssen erklären, was
22 sie tun, warum sie es tun und wie sie es tun. Es braucht eine öffentliche Debatte, in der wir
23 uns neu darauf verständigen welches Europa wir uns wünschen, was es ist, was es sein soll und
24 was es sein kann. Die Fragen der Menschen müssen ernst genommen werden, wenn die
25 europäische Integration weiterhin erfolgreich sein und auf breite Akzeptanz stoßen will.

26 Es gilt daher Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union breiter zu legitimieren. Viele
27 Bürger verspüren gegenüber der Europäischen Union ein Gefühl der Macht- und
28 Einflusslosigkeit, obwohl ohne deren Zustimmung keine europäische Einigung voranschreiten
29 kann. Zugleich ist die parlamentarische Kontrolle innerhalb der Europäischen Union nach wie
30 vor unzureichend. Nur durch ein starkes Parlament als demokratisch gewählte Vertretung
31 fühlen sich die Bürger ausreichend repräsentiert.

32 **Deshalb fordern wir**

33 - die Macht des Europäischen Parlaments als demokratisch legitimierte Vertretung der
34 Bürgerinnen und Bürger in Europa gegenüber dem Europäischen Rat auszuweiten,

35 - Instrumente politischer Teilhabe, wie die Europäische Bürgerinitiative oder
36 Volksentscheide, zu fördern und Entscheidungsverfahren transparenter zu machen,

37 - die Einberufung eines Europäischen Konvents unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

38 **5. Für ein junges Europa**

39 Immer noch beachten die Entscheidungsträgerinnen und -träger die Interessen von Kindern
40 und Jugendlichen insbesondere auf der EU-Ebene zu wenig. Für Jugendliche stehen nur
41 begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung, ihre Interessen dort überhaupt wirksam und
42 umfassend einbringen zu können. Im Sinne der Strategie „U28 - Die Zukunft lacht“ wünschen
43 wir uns für ein Europa der Zukunft, dass es aus der Perspektive von jungen Menschen gedacht
44 wird und diese mitgestalten und -bestimmen können. Wenn es darum geht, die Zukunft der
45 jungen Menschen in Europa zu gestalten, müssen die Ideen der jungen Europäerinnen und
46 Europäer mit einbezogen werden. Die Entscheidungsträgerinnen und -träger in der
47 Europäischen Union müssen die Fragen und Bedürfnislagen der jungen Menschen ernst
48 nehmen, wenn die europäische Integration weiterhin erfolgreich sein und auf breite Akzeptanz
49 stoßen will.



1 Darüber hinaus ist die besondere Mittlerfunktion von Jugendverbänden, als von Jugendlichen
2 selbst organisierte und demokratisch aufgebaute Zusammenschlüsse, anzuerkennen. Hierzu ist
3 auch das Europäische Jugendforum als Zusammenschluss der nationalen Jugendringe und der
4 internationalen Jugendorganisationen auf europäischer Ebene stärker einzubeziehen. Um ein
5 Wir-Gefühl innerhalb der Europäischen Union zu stärken, braucht es zudem mehr Orte der
6 Begegnung und Zusammenarbeit, wie Fachkräfteaustausche, Jugendbegegnungen, Europäische
7 Freiwilligendienste, und Jugendfestivals, die einen wichtigen Beitrag zur europäischen
8 Verständigung und der Entwicklung einer kollektiven europäischen Identität leisten. Als
9 katholische Jugendverbände leisten wir innerhalb und mit diesen Angeboten unseren Beitrag
10 für ein Zusammenwachsen der Europäischen Union und erreichen so Toleranz und gelebte
11 Vielfalt in der Einheit der Europäischen Union.

12 Europa ist auf diese Weise in der Jugendarbeit erfahrbar und gewinnt für viele junge Menschen
13 Gestalt und Anziehungskraft. Sie haben eine eigenständige Qualität für die
14 Persönlichkeitsentwicklung, für die Werteerziehung und die Vermittlung von Verantwortung.
15 Dafür braucht es gute Rahmen- und Förderbedingungen für eine Ermöglichung von
16 internationalen Jugendbegegnungen im Europäischen Raum.

17 **Deshalb fordern wir**

18 - vom Deutschen Bundestag das Mindestalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament
19 auf 14 Jahre zu senken. Die Europäische Union muss weitere Formen der echten
20 Beteiligung junger Menschen etablieren, welche auch in politische Prozesse eingebunden
21 werden, beispielsweise im Rahmen des Strukturierten Dialogs.

22 - den Beitrag der Jugendverbände für ein Europa der Zukunft besser zu würdigen und dies
23 in angepassten Fördersätzen, verbesserten Rahmenbedingungen und
24 Verwaltungsvereinfachungen für die Jugendprogramme umzusetzen.

25 - Jugendarbeit nicht zu arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Zwecken zu
26 instrumentalisieren und aus der Perspektive des wirtschaftlichen Verwertungsgedanken zu
27 verzwecken.

28 - in der Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die tatsächlichen Lebensbedingungen
29 vieler Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu berücksichtigen, die beispielsweise
30 angesichts von Jugendarbeitslosigkeit von der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft von
31 vornherein ausgeschlossen sind.

32 **Für die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 fordern wir zudem**

33 - von den Kandidatinnen und Kandidaten einen fairen Wahlkampf ohne diskriminierende
34 Aussagen gegenüber Minderheiten, ein klares Bekenntnis zu einer menschlichen
35 Flüchtlingspolitik und verständliche und verlässliche Zusagen, die den Bürger und die
36 Bürgerin ernst nehmen.

37 - von den Wählerinnen und Wählern ihr Wahlrecht als europäische Bürgerin und
38 europäischer Bürger wahrzunehmen und damit das Europäische Parlament bewusst als
39 demokratisch legitimierte europäische Institution zu stärken.

40 **Epilog**

41 Für uns junge Menschen, die in einem vereinten Europa aufwachsen, bedeutet die Europäische
42 Union einen nicht mehr wegzudenkenden Teil unseres Lebens. Keine Generation vor uns,
43 erlebte mehr Europa. Wir sind davon überzeugt, dass nur die Fortsetzung des
44 Integrationsprozesses eines friedlichen und demokratischen Europas zu einer gesicherten
45 Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen beitragen wird.

46

47 **Begründung:** erfolgt mündlich